

1 L-02

2 Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 **Soziale Sicherheit im Alter und Zusammenhalt zwi-**
7 **schen den Generationen – Mit vereinten Kräften für**
8 **eine gute Rente**

9

10 Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen
11 des Sozialstaats. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen
12 und ökonomischen Umbruchs stellt es eine wesentli-
13 che Voraussetzung für das Vertrauen in Staat und Po-
14 litik dar. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben
15 machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung. Im
16 Gegenteil: Von einer mutigen und gerechten Rentenpo-
17 litik profitieren die heute Jungen in Zukunft ebenso wie
18 die aktuelle RentnerInnen-Generation.

19

20 Es gilt: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von zentra-
21 ler Bedeutung für jeden Menschen, für seine Lebens-
22 chancen für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Le-
23 ben, das den unterschiedlichen individuellen und fami-
24 liären Bedingungen Rechnung trägt. Eine wirksame und
25 verlässliche Lebensstandardsicherung und Armutsver-
26 meidung im Alter kann für die Mehrzahl der Arbeitneh-
27 merinnen und Arbeitnehmer in der Regel nicht durch
28 Erwerbsarbeit, Ersparnisse oder private Versicherungen
29 gewährleistet werden. Notwendig und historisch be-
30 währt ist stattdessen eine starke öffentliche Absiche-
31 rung durch ein soziales Sicherungssystem, das auch ei-
32 ne wirtschaftliche Abkopplung der Rentnerinnen und
33 Rentner vom Rest der Bevölkerung zuverlässig verhin-
34 dert.

35

36 Wir fordern deshalb:

37 1. Das eindeutige Bekenntnis zur gesetzlichen Rente
38 als **der** Grundlage für ein Leben in Würde nach der
39 Erwerbstätigkeit.

40 2. Die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus
41 und die Prüfung, wie es wieder angehoben werden
42 kann.

43 3. Die Einführung einer Grundrente ohne eine Bedürf-
44 tigkeitsprüfung.

45 4. Private Vorsorge soll nicht länger als Instrument
46 dienen, um ein sinkendes Rentenniveau auszuglei-
47 chen.

48 5. Konkrete Schritte zur Einführung einer Erwerbstäti-
49 genversicherung in die alle einzahlen, auch alle Ab-
50 geordneten.

51 6. Keine Erhöhung des Renteneintrittsalters, weil
52 schon jetzt viele vorzeitig in Rente gehen und dabei
53 lebenslange Abschläge in Kauf nehmen müssen.

54 7. Die langfristige Finanzierung einer auskömmlichen
55 Rente ist durch angemessene Beiträge und Steuer-
56 mittel sicherzustellen.

57

58 **Stärkung der Gesetzlichen Rentenversicherung**

59 Nur wer materiell gut abgesichert ist, kann auch im Al-

Empfehlung der Antragskommission:

60 ter uneingeschränkt am gesellschaftlichen Leben teil-
61 haben. Deshalb bedarf es einer auskömmlichen Ren-
62 te, die am erreichten Lebensstandard anknüpft und an
63 die wirtschaftliche Entwicklung angepasst wird. Dies ist
64 und bleibt Aufgabe der Gesetzlichen Rentenversiche-
65 rung. Für uns SozialdemokratInnen ist eine stabile, leis-
66 tungsfähige und zukunftsfeste Rentenversicherung ein
67 zentrales Ziel unserer Politik. Das Vertrauen in die Rente
68 ist entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammen-
69 halt. Dies gilt gerade in Zeiten einer sich rapide wan-
70 delnden Welt.

71
72 Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozial-
73 staats und hat sich seit vielen Jahrzehnten bewährt: Sie
74 umfasst alle Generationen in der ganzen Bundesrepu-
75 blik, ist unabhängig von Banken, Privatversicherungen
76 und internationalen Fonds, von privaten Renditeinter-
77 essen und auch unabhängig von der Entwicklung ein-
78 zelner Beschäftigtengruppen, Betriebe oder Branchen.
79 Wir möchten sie stärken, damit sie ihre zentralen Auf-
80 gaben wieder besser erfüllt: Sie beteiligt die älteren
81 Menschen am Wohlstandszuwachs und sorgt dafür, dass
82 der Übergang vom Arbeitsleben in den Ruhestand nicht
83 durch Zukunftsängste geprägt wird. Die Umlagefinan-
84 zierung macht die finanzielle Absicherung im Alter un-
85 abhängig von den Turbulenzen auf den internationa-
86 len Kapitalmärkten. Die Rentenversicherung als Teil der
87 Sozialversicherung verbindet das Versicherungsprinzip
88 mit dem Grundgedanken des sozialen Ausgleichs. Denn
89 Rentenansprüche entstehen auch in Zeiten der Kinder-
90 erziehung, der familiären Pflege und von Arbeitslosig-
91 keit. Und abgesichert werden auch die Risiken von Er-
92 werbsminderung und Hinterbliebenenschaft. Betrieb-
93 liche oder/und private Vorsorge kann das nicht leis-
94 ten. Diese Absicherungsformen haben nur ergänzenden
95 Charakter, sie können und dürfen die Leistungen der
96 Rentenversicherung nicht ersetzen. Ziel unserer Politik
97 ist es daher, die gesetzliche Rente als Fundament der
98 Versorgung im Alter zu stärken.

99
100 Die Rentenversicherung steht unter den Bedingungen
101 des demografischen, ökonomischen und sozialen Wan-
102 dels vor großen Herausforderungen. Deshalb ist eine
103 mutige Reformpolitik unverzichtbar. Es geht darum, die
104 Rentenversicherung vor weiteren Angriffen zu schüt-
105 zen, die bewährten Prinzipien zu verteidigen und zu-
106 gleich den Anforderungen der Zukunft gerecht zu wer-
107 den. Leitmotiv unserer Politik sind die Prinzipien Soli-
108 darität, Zusammenhalt und Menschlichkeit. Dabei kön-
109 nen wir an den vielen von uns durchgesetzten Reformen
110 der letzten Jahre, die zu merklichen Leistungsverbesse-
111 rungen geführt haben, anknüpfen. Wir müssen sie aber
112 konsequent fortsetzen, um einen durchgreifenden Rich-
113 tungswechsel hin zu einem Sozialstaat der Zukunft zu
114 erreichen, auf den sich alle Generationen verlassen kön-
115 nen.

116
117 **Gute Arbeit – gute Rente**

118 Eine gute Rente lässt sich dann erreichen, wenn die Ren-
119 tenversicherung in Höhe und Struktur angemessene
120 Leistungen garantiert und wenn auf dem Arbeitsmarkt
121 lange Erwerbsbiografien zu guten Arbeitsbedingungen
122 und guten Löhnen führen. Denn die Höhe der indivi-
123 duellen Rente spiegelt die Stellung der Versicherten im
124 Erwerbsleben wider. Kurze sowie unterbrochene Pha-
125 sen der Erwerbstätigkeit und/oder niedrige Löhne füh-
126 ren zu niedrigen Renten. Das wird die Rentenversiche-
127 rung auch in Zukunft nur teilweise ausgleichen können.
128 Wir wollen, dass mehr Menschen erwerbstätig sein kön-
129 nen. Dafür muss die Frauenerwerbsquote noch weiter
130 gesteigert werden. Zudem sind viele Frauen in der „Teil-
131 zeitfalle“ oder „Minijobfalle“ gefangen und erwerben
132 daher nur sehr niedrige Rentenanwartschaften. Die An-
133 reize für den Verbleib in einem Minijob müssen deshalb
134 abgeschafft werden. Mit der Brückenteilzeit sind wir ei-
135 nen wichtigen Schritt gegangen, um besonders Frauen,
136 aber auch Männern, die Rückkehr in eine Vollzeitarbeit
137 zu ermöglichen. Notwendig ist außerdem eine leichtere
138 Vereinbarkeit von Beruf, Pflege und Familie. Wir haben
139 mit dem Ausbau der Kinderbetreuung sowie der Ganz-
140 tagsschulen und mit dem Rechtsanspruch auf eine Be-
141 treuung ab dem 1. Lebensjahr sowie einem Rechtsan-
142 spruch auf Familienpflegezeit schon grundlegende Ver-
143 besserungen erreicht. Diesen Weg müssen wir weiter
144 gehen.

145
146 Ein stabiler Arbeitsmarkt, der allen Arbeitnehmerinnen
147 und Arbeitnehmern gute Arbeit zu guten Löhnen bie-
148 tet, ist die beste Vorsorge für gute Renten und gegen
149 Altersarmut. Mit der Einführung des Mindestlohns hat
150 die SPD die unterste Grenze für einen menschenwürdi-
151 gen Lohn eingezogen. Damit haben wir Millionen Men-
152 schen aus dem Niedriglohnsektor geholt. Es ist aber
153 auch klar, dass der Mindestlohn kontinuierlich erhöht
154 werden muss, damit Armut trotz Arbeit verhindert wird
155 und höhere Rentenanwartschaften erworben werden.
156 Wir streben auch deshalb einen Mindestlohn von 12 Eu-
157 ro an. Der Mindestlohn sichert nach unten ab. Dane-
158 ben brauchen wir gute und hohe Tariflöhne. Wir wollen,
159 dass wieder mehr Beschäftigte von Tarifverträgen pro-
160 fitieren. Dafür wollen wir die Tarifautonomie gesetzlich
161 stärken und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifver-
162 trägen erleichtern.

163
164 Wir müssen jetzt die Weichen stellen, damit gute Be-
165 schäftigung auch in Zukunft für alle möglich ist. Durch
166 die Humanisierung der Arbeitswelt kann es gelingen,
167 dass Menschen das Rentenalter in Gesundheit errei-
168 chen und bis dahin arbeiten können. Maßnahmen der
169 gesundheitlichen Prävention in der Arbeitswelt tragen
170 dazu bei und werden durch Rehabilitationsmaßnah-
171 men flankiert. Die Digitalisierung der Arbeitswelt führt
172 nicht nur zu Risiken, sondern bietet vor allem Chancen.
173 Damit alle sie nutzen können, brauchen wir mehr und
174 bessere Weiterbildung und Qualifizierung. Wir haben
175 mit dem von uns durchgesetzten Qualifizierungschan-

176 cengesetz damit bereits begonnen. Weiterbildung ist
 177 für uns ein ArbeitnehmerInnenrecht, denn lebenslan-
 178 ges Lernen und Weiterbildung sichern Beschäftigungs-
 179 fähigkeit in einer sich wandelnden Arbeitswelt.

180

181 **Einführung der Grundrente – ohne Bedürftigkeitsprü-**
 182 **fung**

183 Alle diese Maßnahmen sind wichtig. Aber es gibt ei-
 184 ne Gruppe von jetzigen und künftigen RentnerInnen,
 185 die trotz eines Lebens voller Arbeit nicht auf eine Rente
 186 oberhalb der Grundsicherung kommen. Betroffen sind
 187 vor allem Frauen, die jahrelang versicherungspflichtig
 188 beschäftigt waren, aber wegen ihrer geringen Entlohn-
 189 ung, Teilzeitarbeit oder Betreuung von Kindern oder
 190 Pflegebedürftigen nur eine niedrige Rente beziehen. Es
 191 ist für uns untragbar, dass all diese Personen trotz ih-
 192 rer langjährigen Beitragszahlung am Ende des Berufs-
 193 lebens eine Rente womöglich unterhalb des Grundsich-
 194 erungsniveaus erhalten und auf den Gang zum So-
 195 zialamt verwiesen werden. Ein Anspruch auf Grund-
 196 sicherung besteht aber nur dann, wenn Bedürftigkeit
 197 nachgewiesen wird: Angerechnet werden nahezu sämt-
 198 liche Einkommen im gesamten Haushalt, und auch Ver-
 199 mögensbestände müssen – bis auf kleine Freibeträge
 200 – aufgelöst werden. Das ist kein Respekt vor der Le-
 201 bensleistung der Betroffenen. Wir wissen, dass deswe-
 202 gen viele auf die Inanspruchnahme der Grundsiche-
 203 rung verzichten. Rentenfreibeträge in der Grundsiche-
 204 rung können das Problem zwar lindern, aber nicht lö-
 205 sen. Eine Einkommensanrechnung oder Bedürftigkeits-
 206 prüfung kennt die Rente schlicht nicht. Das Konzept ei-
 207 ner Grundrente des Bundesarbeitsministers Hubertus
 208 Heil weist einen Weg auf, der den Prinzipien von Solida-
 209 rität und Gerechtigkeit entspricht: Arbeit muss sich loh-
 210 nen und Menschen müssen nach einem langen Arbeits-
 211 leben ein Auskommen haben, das ihre Leistung respek-
 212 tiert. Entgeltpunkte in der Rentenversicherung, die aus
 213 einem niedrigen Arbeitseinkommen resultieren, sollen
 214 deshalb – nach 35 Jahren Arbeit, Kindererziehung und
 215 Pflege – aufgestockt werden. Die Grundrente unter-
 216 liegt, wie die Mütterrente auch, keiner Bedürftigkeits-
 217 prüfung, weil sie auf Leistung beruht. Sie gilt nicht nur
 218 für Neuzugänge, sondern auch für die laufenden Renten
 219 im Bestand und sie wird durch die Rentenversicherung
 220 ausgezahlt. Für uns ist daher klar: Die Grundrente muss
 221 Ergebnis einer Regierungsbeteiligung sein. Wir werden
 222 nicht zulassen, dass die Union Menschen ihr gerechtes
 223 Auskommen aus lebenslanger Leistung verweigert.

224

225 **Sicherung des Lebensstandards**

226 Alterssicherung ist weit mehr als Armutsvermeidung.
 227 Die Rente muss ein Ersatz für das Erwerbseinkommen
 228 bleiben: Nach Aufgabe der Berufstätigkeit muss sicher-
 229 gestellt werden, dass der im Laufe des Erwerbs- und
 230 Versicherungslebens erarbeitete Lebensstandard weit-
 231 gehend beibehalten werden kann. Die Rentenversiche-
 232 rung spielt damit eine zentrale Rolle in der Alterssiche-
 233 rung für Beschäftigte mit mittleren und höheren Ein-

234 kommen. Weil die Höhe einer persönlichen Altersren-
 235 te vom gesamten Erwerbsverlauf abhängt, und nicht
 236 nur vom letzten Einkommen, existiert kein allgemeines
 237 Maß dafür, wie hoch die Rente bei Renteneintritt aus-
 238 fällt und in welchem Verhältnis sie zum vorherigen Ar-
 239 beitsentgelt steht. Die Höhe des in der Statistik ausge-
 240 wiesenen „Rentenniveaus“ gibt darüber keine Auskunft
 241 und wird oft falsch interpretiert.

242
 243 Aber dennoch hat die Höhe des Rentenniveaus eine
 244 zentrale Bedeutung für die Beurteilung der Leistungen
 245 der Rentenversicherung. Das Sicherungsniveau (netto
 246 vor Steuern) verdeutlicht nämlich, inwieweit Lohnstei-
 247 gerungen über die Rentenanpassung weitergegeben
 248 werden. Um das zu berechnen, wird eine Modellrech-
 249 nung vorgenommen: Verglichen wird eine sogenannte
 250 Standardrente (Rente bei 45 Beitragsjahren zum Durch-
 251 schnittsentgelt) mit dem aktuellen Durchschnittsver-
 252 dienst der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sinkt
 253 das so berechnete Niveau, dann heißt das, dass die Ren-
 254 tenerhöhung der Lohnentwicklung nur noch gebremst
 255 folgt. Die Erwartung, dass die geförderte private und
 256 betriebliche Vorsorge diese geringeren Rentenerhöhun-
 257 gen *ausgleichen* und die Lücken auffüllen, hat sich nicht
 258 erfüllt. Der Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
 259 nehmer muss mit einem Einkommensrückgang im Al-
 260 tersübergang rechnen. Es erhöht sich die Gefahr, dass
 261 die Rente nicht höher liegt als der Grundsicherungsbe-
 262 darf (einschließlich der Kosten der Unterkunft). Als Re-
 263 aktion darauf zu fordern, dass Menschen länger und
 264 länger arbeiten müssen, wie es die Union und die FDP
 265 fordern, halten wir für zynisch. Die SPD steht dazu: Nach
 266 lebenslanger Arbeitsleistung hat sich jeder einen aus-
 267 kömmlichen Lebensabend verdient.

268
 269 Absehbar sind grundlegende Legitimations- und Akzep-
 270 tanzprobleme der Rentenversicherung: Warum jahr-
 271 zehntelang Beiträge zahlen, wenn die Rente nicht oder
 272 nur wenig höher liegt als die Grundsicherung und sich
 273 kein Unterschied mehr ergibt zu Personen, die keine Bei-
 274 träge geleistet haben? Betroffen sind nicht nur die Älte-
 275 ren, sondern auch und gerade die jüngeren Menschen,
 276 die später im Alter nur noch mit geringen Rentenan-
 277 sprüchen rechnen können.

278
 279 Deshalb war die Entscheidung, das Absinken des Ren-
 280 tenniveaus zu stoppen und bis zum Jahr 2025 eine „Si-
 281 cherungslinie“ von 48 Prozent einzuziehen, richtig und
 282 notwendig, um das Vertrauen in die Politik und in den
 283 Sozialstaat zu stärken. Wir haben damit ein wichtiges
 284 Signal für die Jahre nach 2025 gesetzt. Wir treten ent-
 285 schieden dafür ein, dass diese Sicherungslinie dauer-
 286 haft festgeschrieben wird, damit auch die jüngeren Ge-
 287 nerationen im Alter eine auskömmliche Rente erhalten.
 288 Dies ist ein Auftrag der Generationensolidarität! Wir
 289 wissen allerdings auch, dass dies mit erheblichen finan-
 290 ziellen Folgewirkungen verbunden sein wird. Wir teilen
 291 die Vorstellungen, das Niveau mittel- bis langfristig wie-

292 der auf 50 Prozent anzuheben, setzen die erste Priorität
293 aber zunächst auf die Niveaustabilisierung. In diesem
294 Zusammenhang sprechen wir uns für eine Reform der
295 Rentenanpassungsformel aus.

296
297 Die Niveaustabilisierung ist auch deshalb ein zentrales
298 Ziel sozialdemokratischer Rentenpolitik, weil auch eine
299 einmal eingeführte Grundrente an Wert verliert, wenn
300 die Rentenanpassung hinter der Entwicklung des Ni-
301 veaus der Grundsicherung im Alter zurückbleibt, beson-
302 ders im Hinblick auf die Kosten der Unterkunft.

303
304 **Altersgrenze**

305 Wer eine weitere Anhebung der Altersgrenzen, etwa
306 in Kopplung an die steigende Lebenserwartung fordert,
307 muss sich fragen lassen, an welche Beschäftigten dabei
308 gedacht ist. Alle verfügbaren Daten zeigen, dass ein Teil
309 der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kör-
310 perlich dazu nicht der Lage ist. Schon jetzt schaffen es
311 viele nicht, über das 65. Lebensjahr hinaus im Arbeitsle-
312 ben zu stehen. Hauptaufgabe ist es deshalb, dafür Sorge
313 zu tragen, dass der Anteil der Beschäftigten steigt, der
314 bis zum Erreichen der Regelaltersrente versicherungs-
315 pflichtig beschäftigt ist und nicht auf eine vorzeitige
316 Rente mit hohen Abschlägen ausweichen muss, auf ei-
317 ne Erwerbsminderungsrente angewiesen ist oder in die
318 Langzeitarbeitslosigkeit abgedrängt wird.

319
320 Zweifelsohne steigt die Lebenserwartung aber nur im
321 Durchschnitt. Studien belegen, dass sowohl der Ge-
322 sundheitszustand als auch das Sterblichkeitsrisiko eng
323 mit dem sozialen Status der Menschen zusammenhän-
324 gen: Je niedriger – gemessen an Merkmalen wie Ein-
325 kommen, Qualifikation, Lebensbedingungen und Art
326 der Berufstätigkeit – desto größer sind die Risiken zu
327 erkranken und früher zu sterben. Insofern führen pau-
328 schale Aussagen in die Irre. Nicht alle Älteren erleben die
329 positive Entwicklung der Lebenserwartung im gleichen
330 Maße.

331
332 Wir lehnen deshalb Vorschläge einer pauschalen An-
333 hebung von Altersgrenzen entschieden ab. Es käme zu
334 einer starken sozialen Polarisierung im Alter – zu Las-
335 ten der Beschäftigten, die unter schwierigen Arbeitsbe-
336 dingungen und hohen Gesundheitsbelastungen zu lei-
337 den haben. Wir setzen uns dafür ein, die Arbeitsbedin-
338 gungen und -verhältnisse so zu gestalten, dass alle die
339 Chance haben, gesund das Rentenalter zu erreichen.

340
341 **Private und betriebliche Altersvorsorge**

342 Die private Altersvorsorge kann das sinkende Renten-
343 niveau nicht kompensieren und Versorgungslücken im
344 Alter nicht schließen. Die Abhängigkeit vom Kapital-
345 markt, intransparente Produkte und Vertragsbedingun-
346 gen, hohe Kosten und niedrige Erträge haben die Hoff-
347 nung zunichte gemacht, durch die geförderte Riester-
348 Rente könnte eine zweite „Säule“ der Alterssicherung
349 aufgebaut werden. Die Zahl der geförderten Verträge

350 ist seit Jahren konstant und aktuell sogar rückläufig. Je-
351 der fünfte Vertrag wird nicht mehr bedient. Trotz der ho-
352 hen und kürzlich verbesserten Zulagen gerade für Fami-
353 lien mit Kindern ist kaum davon auszugehen, dass die-
354 se Form der privaten Vorsorge in Zukunft stärkere Ver-
355 breitung findet. Gerade Beschäftigte mit niedrigem Ein-
356 kommen waren und sind kaum in der Lage, in die pri-
357 vate Vorsorge zu investieren. Darüber hinaus wird hier,
358 anders als bei der gesetzlichen Rente, meist nur das Al-
359 tersrisiko abgedeckt, nicht aber Erwerbsminderung und
360 Hinterbliebenenversorgung.

361
362 Vor diesem Hintergrund fordern wir eine grundsätzliche
363 Reform der privaten Vorsorge. Wir werden prüfen, ob
364 und wie die Subventionierung aus Steuermitteln sinn-
365 voll ist, wobei es natürlich einen Bestandsschutz ge-
366 ben muss. Die Prüfung betrifft insbesondere die Sub-
367 ventionierung der Besserverdienenden durch steuerli-
368 che Freibeträge, da hier hohe Mitnahmeeffekte auftre-
369 ten und es zu einer Subventionierung von unten nach
370 oben kommt. Eine Subventionierung zukünftiger Ver-
371 träge lehnen wir ab.

372 Unabhängig davon gibt es natürlich die Möglichkeit
373 und den Bedarf, die Leistungen der Rentenversicherung
374 im Alter durch Leistungen der freiwilligen privaten Vor-
375 sorge zu ergänzen, aber eben nicht zu ersetzen. Da die
376 private Banken- und Versicherungswirtschaft bislang
377 nicht in der Lage ist, ein einfaches, transparentes und
378 kostengünstiges Standardprodukt zu entwickeln, schla-
379 gen wir vor, die Eignung öffentlich-rechtlicher Modelle,
380 wie etwa ein Vorsorgekonto bei der Deutschen Renten-
381 versicherung, zu prüfen.

382
383 Wir schlagen gleichzeitig vor, den Versicherten die Mög-
384 lichkeit einzuräumen, sich freiwillig in der gesetzlichen
385 Rentenversicherung höher zu versichern, so dass sie im
386 Alter aufgrund der höheren Beiträge eine zusätzliche
387 Rente erhalten.

388
389 Damit könnte eine einheitliche Basis geschaffen wer-
390 den, um den Bedarf einer zusätzlichen Altersversorgung
391 ohne Abhängigkeit von den Gewinninteressen von Ver-
392 sicherungen und Banken sicherzustellen.

393
394 Wir betonen, dass für uns die betriebliche Altersvorsor-
395 ge der beste Weg ist, um die gesetzliche Rente zu ergän-
396 zen, weil sie private Vorsorge und kollektive Absiche-
397 rung miteinander verbindet. Durch den Betriebs- und
398 Branchenbezug kann sie sich zudem an unterschiedli-
399 che Anforderungen und Bedingungen flexibel anpassen
400 und auch die unterschiedlichen Beschäftigungsdauern
401 in verschiedenen Berufen durch die Mitnahmemöglich-
402 keit der erworbenen Ansprüche berücksichtigen.

403
404 Allerdings ist der Zugang zur betrieblichen Altersversor-
405 gung nach wie vor sehr ungleich verteilt, was Branchen,
406 Betriebsgrößen und auch das Geschlecht der Beschäf-
407 tigten angeht. Auch hier zeigt sich, dass nur rund die

408 Hälfte aller Beschäftigten Anwartschaften auf eine be-
409 triebliche Altersversorgung aufweisen.

410

411 Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz haben wir ge-
412 rade für kleine und mittlere Unternehmen den Einstieg
413 in eine betriebliche Altersvorsorge erleichtert. Für Ge-
414 ringverdiener gibt es verbesserte Fördermöglichkeiten.
415 Und die Arbeitgeber müssen ihre Ersparnisse bei der
416 Entgeltumwandlung zum größten Teil an die Beschäf-
417 tigten weitergeben. Es ist noch zu früh, um ein Urteil
418 über die Auswirkungen des Gesetzes fällen zu können.

419

420 Entscheidendes Problem für die Verbreitung der be-
421 trieblichen Altersvorsorge ist die sinkende Tarifbindung.
422 Wenn es Betriebsräte und Tarifverträge gibt, existieren
423 auch Regelungen zur betrieblichen Altersversorgung.
424 Wir wollen, dass in Zukunft jeder Arbeitgeber und je-
425 de Arbeitgeberin allen Beschäftigten ein Angebot zum
426 Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung anbieten
427 muss und auch die Ansprüche bei Betriebsübergängen
428 gesichert werden.

429

430 **Erwerbstätigenversicherung**

431 Solidarität in der Alterssicherung heißt, dass alle Men-
432 schen im Alter eine angemessene, am erreichten Le-
433 bensstandard orientierte Absicherung erhalten und
434 dass Altersarmut vermieden wird. Solidarität heißt aber
435 auch, dass sich alle Menschen an der Finanzierung be-
436 teiligen. Realisiert wird dieser Anspruch bis heute nicht.
437 Denn historisch gewachsen umfasst die Rentenversi-
438 cherung nur einen Teil der Erwerbstätigen, die Solidari-
439 tät ist begrenzt auf abhängig Beschäftigte. Selbststän-
440 dige hingegen sind bis auf wenige Ausnahmen von der
441 Versicherungspflicht ausgenommen. Wenn sie keinem
442 anderen obligatorischen Alterssicherungssystem ange-
443 hören, unterliegen sie im besonderen Maße der Gefahr,
444 im Alter Leistungen der Grundsicherung beantragen zu
445 müssen. Angesichts der Umbrüche in der Arbeitswelt
446 nimmt die Zahl der ungesicherten Selbstständigen zu,
447 dies betrifft nicht nur die Solo-Selbstständigen, son-
448 dern auch die kleinen Selbstständigen, insbesondere im
449 Dienstleistungssektor. Zudem verwischen die Grenzen
450 zwischen abhängiger und selbstständiger Arbeit immer
451 mehr – häufig werden beide Tätigkeitsformen parallel
452 ausgeführt oder es findet ein mehrfacher Wechsel im
453 Erwerbsverlauf statt.

454

455 Aber auch Beamte unterliegen nicht der Versicherungs-
456 pflicht, sondern sind durch ein spezielles System, die Be-
457 amtenversorgung, abgesichert – finanziert allein durch
458 Steuermittel aus den öffentlichen Haushalten. Zudem
459 ist unstrittig, dass die Beamtenversorgung gleich mehr-
460 fach bessere Leistungen im Alter bietet, als dies bei der
461 Rentenversicherung der Fall ist. Das gleiche gilt für die
462 Alterssicherung der Abgeordneten.

463

464 Wir Sozialdemokraten betonen schon seit Jahren, dass
465 dieses Nebeneinander von unterschiedlichen Systeme-

466 men zu sozialen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft
 467 führt. Es ist an der Zeit, die Gesamtheit der Erwerbs-
 468 tätigen in die Rentenversicherung aufzunehmen und
 469 die Sondersysteme auf lange Sicht zu überwinden. Bei
 470 den Beamten und den zu Versorgungswerken gehö-
 471 renden Selbstständigen besteht kein Absicherungspro-
 472 blem und erst recht kein Armutsproblem. Durch die Ein-
 473 beziehung in die Rentenversicherung kann und muss
 474 aber erreicht werden, dass sich auch diese Gruppen soli-
 475 darisch an der Beitragsfinanzierung beteiligen und sich
 476 nicht länger den Anforderungen des sozialen Ausgleichs
 477 und den damit verbundenen Kosten entziehen.

478
 479 Natürlich ist eine solche Reform nicht von heute auf
 480 morgen zu schaffen. Überfällig sind erste Schritte – und
 481 zwar ohne Zeitverzögerung. Wir wissen, dass bei der
 482 Beamtenversorgung langfristige Übergangsregelungen
 483 erforderlich sind, da die laufenden Pensionen und die
 484 bereits erworbenen Ansprüche unberührt bleiben müs-
 485 sen. Aber es ist rechtlich möglich, Beschäftigte, die neu
 486 ins Beamtenverhältnis übernommen werden oder erst
 487 seit kurzer Zeit verbeamtet worden sind, in die Renten-
 488 versicherung zu übernehmen.

489
 490 Sicherlich kann es hier keine Regelung auf einen Schlag
 491 geben. Erforderlich sind Übergangsregelungen, zum ei-
 492 nen für die (älteren) Selbstständigen, die bereits freiwil-
 493 lig vorgesorgt haben, und zum anderen für jene Perso-
 494 nen, die sich selbstständig machen und in den ersten
 495 Jahren nur wenig verdienen. Es muss allerdings darauf
 496 geachtet werden, dass Selbstständige nicht auf Kosten
 497 der anderen Beitragszahler bessergestellt werden. Da-
 498 mit würde die Akzeptanz der Rentenversicherung ge-
 499 fährdet.

500
 501 **Finanzierung**
 502 Wenn in Zukunft infolge der demografischen Verschie-
 503 bungen der Anteil der Rentenempfängerinnen und -
 504 empfänger im Verhältnis zu den (beitrags- und steuer-
 505 zahlenden) Erwerbstätigen steigt, kommt es zu höhe-
 506 ren Ausgaben und zu Mehrbelastungen. Aber einen gu-
 507 ten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Unstrittig ist,
 508 dass die Beitragssätze spätestens ab 2025 über die ge-
 509 setzlichen Haltelinien von 20 Prozent und 22 Prozent
 510 ab 2030 steigen werden. Einen dauerhaft niedrigen Bei-
 511 tragssatz kann man nicht mit Sicherheit versprechen.
 512 Wie stark allerdings der Anstieg sein wird und welche
 513 Belastungen den Versicherten zugemutet werden, lässt
 514 sich nicht präzise bestimmen. Je weiter in die Zukunft
 515 geschaut wird, umso schwieriger ist es, sichere Voraus-
 516 sagen zu treffen.

517
 518 Dabei kommt es nicht allein auf die demografische Ent-
 519 wicklung an. Für die Finanzlage der Rentenversicherung
 520 ist es entscheidend, wie viele Personen beschäftigt sein
 521 werden und Beiträge zahlen, und wie groß die Zahl der
 522 Rentnerinnen und Rentner sein wird. Deshalb wollen
 523 wir die Frauenerwerbstätigenquote weiter erhöhen, die

524 Erwerbsbeteiligung im Alter fördern und die Zahl der Ar-
525 beitslosen weiter abbauen. Dieser Blick auf den Arbeits-
526 markt macht deutlich, dass die Zukunft gestaltbar ist,
527 und dass das Ziel von guter Arbeit nicht nur auf höhere
528 Renten abstellt, sondern auch die Finanzierung der Ren-
529 te erleichtert.

530
531 Der demografische Wandel betrifft auch die private
532 Altersvorsorge. Eine steigende Lebenserwartung führt
533 auch in diesen Systemen zwangsläufig dazu, dass der
534 für die Altersphase angesammelte Kapitalstock nun für
535 ein längeres Leben reichen muss. Zugleich hat die Ver-
536 schiebung der Altersstruktur einen negativen Einfluss
537 auf die Renditen einer kapitalfundierte Altersvorsorge.
538

539 Die Finanzierung eines stabilen Rentenniveaus hängt
540 auch von der Bereitschaft der Parteien, der Verbän-
541 de und der Sozialpartner ab, entschieden für den Auf-
542 trag des Sozialstaates einzutreten, die Einkommens-
543 und Lebensbedingungen der älteren Generation zu si-
544 chern. Das ist möglich, denn die Entwicklung vollzieht
545 sich über einen Zeitraum von 40 Jahren. Sprunghafte
546 Beitragssatzanstiege wird es nicht geben. Die Einkom-
547 mensentwicklung entscheidet, ob es gelingt, steigen-
548 de Beitragsbelastungen auch ohne Realeinkommens-
549 verluste zu verkraften.

550
551 Zu berücksichtigen sind auch jene Reformmaßnahmen,
552 die seit Jahren diskutiert werden und die zu einer Dämp-
553 fung des Beitragssatzanstiegs führen können. Gemeint
554 sind hier insbesondere die Forderungen nach einer suk-
555 zessiven Einbeziehung der Selbstständigen und aller ge-
556 ringfügig Beschäftigten in die Rentenversicherung. Die-
557 se Maßnahmen führen aufgrund der höheren Zahl der
558 Beitragspflichtigen zu deutlichen Mehreinnahmen. Die-
559 se Entlastung wirkt bis auf längere Sicht, da erst sehr
560 viel später die entsprechenden Mehrausgaben anfallen,
561 so dass es gelingt, die Belastungen gerade in der Phase
562 des Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge zu
563 begrenzen. Zudem sprechen wir uns für eine dynami-
564 sierte Beitragsbemessungsgrenze im Sinne einer deut-
565 lichen Erhöhung aus, ohne bei der späteren Rentenhöhe
566 diese Dynamisierung vollständig abzubilden.

567
568 Wir fordern, dass der Bund seiner Verantwortung für
569 die dauerhafte Funktions- und Leistungsfähigkeit der
570 Rentenversicherung gerecht wird und sich stärker an
571 der Finanzierung beteiligen. Dies kann unter anderem
572 durch die Hinzuziehung weiterer Einkommensarten für
573 die Finanzierung der Bundeszuschüsse gewährleistet
574 werden. Entsprechend fordern wir die Einführung ei-
575 ner verfassungskonformen Vermögenssteuer sowie ei-
576 ne Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer. Wer
577 von Leistungsgerechtigkeit spricht, darf über Reichtum
578 ohne Leistung nicht schweigen. Die sich daraus erge-
579 benden Mehreinnahmen wollen wir unter anderem da-
580 für nutzen, die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen
581 Rentenversicherung aufzustocken. Gleiches gilt in Be-

582 zug auf eine ebenfalls einzuführende Digitalsteuer. Un-
583 ternehmen, die vor allem mit Maschinen und Algorith-
584 men anstatt mit MitarbeiterInnen Profite erwirtschaf-
585 ten und sich deshalb nur unverhältnismäßig an der Fi-
586 nanzierung der Sozialkassen beteiligen, müssen dazu
587 über den Umweg einer Digitalsteuer gebracht werden.
588 Die erhöhten Zuschüsse, die schon jetzt zur Absiche-
589 rung der Haltelinie von 48 Prozent bis 2025 im Bundes-
590 haushalt bereitgestellt sind, sind ein Signal in die rich-
591 tige Richtung. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben, wie
592 die Finanzierung der Mütterrente, die Grundrente oder
593 die Angleichung der Ost-Renten, müssen aus Steuer-
594 und nicht aus Beitragsmitteln finanziert werden.

595
596 Fragt man nämlich nach den Alternativen, wird auf
597 den weiteren Ausbau der privaten Vorsorge verwie-
598 sen. „Kostenlos“ ist dies aber nicht zu haben. Auch der
599 Ausbau der kapitalfundierte Systeme, wie er trotz al-
600 ler negativen Erfahrungen mit der privaten Vorsorge
601 unverändert gefordert wird, ändert daran nichts. So
602 sind die Sparbeträge bei der Riester-Rente wie auch die
603 arbeitnehmerfinanzierte betriebliche Altersversorgung
604 im Rahmen der Entgeltumwandlung mit Einkommens-
605 abzügen verbunden, die allerdings nur die Arbeitneh-
606 mer und nicht die Arbeitgeber belasten.

607
608 Wenn dennoch immer wieder in Katastrophenszenari-
609 en die Unfinanzierbarkeit einer sozialen Rentenreform
610 betont wird und die junge Generation als „Verlierer“
611 dargestellt wird, so steht dahinter die Absicht, einen Ge-
612 nerationenkonflikt zu schüren.

613
614 Das ist mit der SPD nicht zu machen. Wir setzen uns
615 für eine starke und sichere Altersversorgung ein, die
616 im Interesse aller Generationen liegt.